

# fraktion intern



## Gute Arbeit 4.0

*Sicherheit im  
digitalen Wandel*

SEITE 6

*Interview mit  
Andrea Nahles*

SEITE 13

*Bezahlbares Wohnen  
ist eine soziale Frage*

SEITE 20

WILLY BRANDT — 1992

*»Nichts kommt von selbst. Und nur wenig ist von Dauer. Darum — besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll.«*

## Die Fragen unserer Zeit diskutieren

CARSTEN  
SCHNEIDER,  
MDB



ERSTER  
PARLAMENTARISCHER  
GESCHÄFTSFÜHRER

Es geht los. Die neue Bundesregierung steht. Die Koalition hat ihre Arbeit aufgenommen. Die ersten Gesetze werden vorbereitet. Schon in den nächsten Wochen und Monaten werden wir im Bundestag zahlreiche Vorhaben beschließen, die wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in den Koalitionsverhandlungen mit der Union durchgesetzt haben – von der Einführung der Brückenteilzeit über die Sicherung des gesetzlichen Rentenniveaus bis hin zur Wiederherstellung der Parität in der gesetzlichen Krankenversicherung, an deren Finanzierung sich die Arbeitgeber künftig wieder in gleicher Höhe beteiligen müssen wie ihre Beschäftigten. Die SPD-Bundestagsfraktion wird gegenüber dem Koalitionspartner sehr genau darauf achten, dass unsere sozialdemokratischen Projekte wie vereinbart umgesetzt werden.

Wir wollen aber noch mehr. Wir wollen, dass das Parlament der zentrale Ort der politischen Debatten ist. Im Bundestag müssen die wichtigen Fragen unserer Zeit diskutiert werden, Fragen, die die Menschen bewegen und beschäftigen. Als SPD-Bundestagsabgeordnete geben wir dazu die nötigen Impulse und entwickeln auch neue Antworten – im engen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Nicht zuletzt aus diesem Anlass erscheint unser Magazin »Fraktion intern« ab sofort nicht nur in einem neuen, modernen Layout, sondern vor allem auch mit einem veränderten redaktionellen Konzept. Künftig gibt es in jeder Ausgabe ein Schwerpunktthema. Wir wollen damit wichtige politische und gesellschaftliche Debatten im Heft intensiver begleiten und abbilden als bisher.

Wir beginnen mit einer der zentralen Zukunftsfragen überhaupt: Wie kann gute Arbeit auch in Zukunft gesichert werden angesichts der epochalen Umbrüche, die mit der Digitalisierung der Arbeitswelt verbunden sind? Die Debatte in Politik, Gewerkschaften, Wissenschaft und Wirtschaft ist in vollem Gange. Fertige Antworten auf alle Fragen gibt es noch nicht. Deshalb wollen wir diese Diskussion intensiv führen – auch mit unseren Leserinnen und Lesern. Eine Auswahl an Leserbriefen veröffentlichen wir künftig in einer eigenen Rubrik.

Wir freuen uns auf Ihre Meinung. Schreiben Sie uns Ihre Anregungen oder gerne auch Themenvorschläge an [redaktion@spdfraktion.de](mailto:redaktion@spdfraktion.de).

Ihr Carsten Schneider ■

# Inhaltsverzeichnis

6 — TITEL



## Zukunft der Arbeit

Wie die SPD-Fraktion für Sicherheit im digitalen Wandel sorgen will.

12 — TITEL



## Bildung 4.0

Die digitale Gesellschaft erfordert neue Kompetenzen und Qualifikationen. Dem muss sich auch unser Bildungssystem anpassen.

16 — GASTBEITRAG



## Gute Arbeit gestalten

Aus technischer Entwicklung wird nur dann sozialer Fortschritt, wenn auch politisch die Voraussetzungen dafür geschaffen werden.

VON JÖRG HOFMANN

18 — ARBEIT



## Arbeit braucht Sicherheit

Die Bausteine der Arbeitsmarktpolitik in dieser Wahlperiode haben eines gemeinsam: Sie schaffen Planbarkeit und schützen die Interessen der Beschäftigten.

VON KATJA MAST, MDB

20 — WOHNUNGSBAU



## Bezahlbares Wohnen ist eine soziale Frage

Weil Wohnraum knapp ist, steigen in vielen Städten und Ballungsregionen die Mieten. In den nächsten Jahren sollen deshalb 1,5 Millionen neue Wohnungen entstehen.

13 — INTERVIEW

## » Ohne Mitbestimmung wird es nicht funktionieren «

Gespräch mit SPD-Fraktionschefin Andrea Nahles über die Arbeitswelt von morgen und die Zukunft des Sozialstaates.

21 — PARLAMENT

## Die Koalition legt los

Bundesregierung und Regierungsfaktionen nehmen ihre Arbeit auf. Eine Übersicht der ersten Vorhaben.

22 — DIALOG

## Briefe an die Fraktion

Abgeordnete antworten Bürgerinnen und Bürgern.

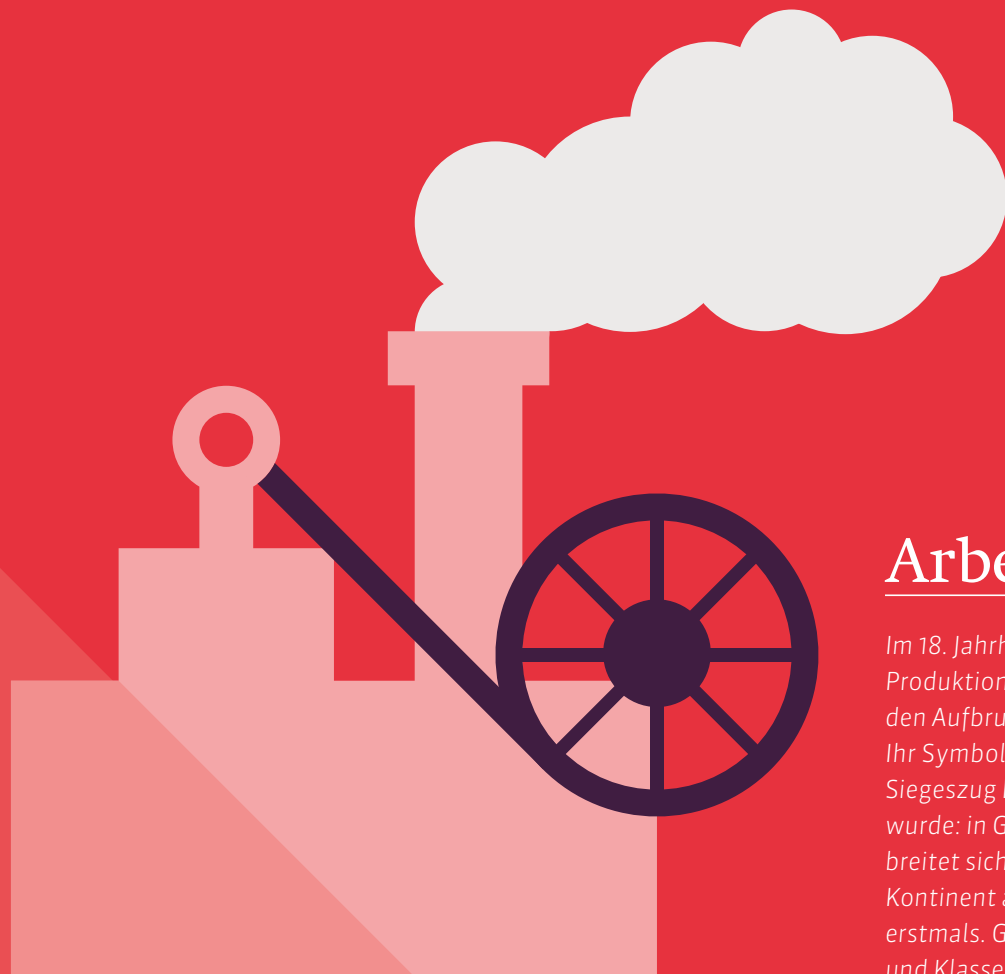


# Zukunft der Arbeit

*Wie die SPD-Fraktion für Sicherheit im digitalen Wandel sorgen will*

## Arbeiten 1.0

*Im 18. Jahrhundert kommen mechanische Produktionsanlagen auf. Sie markieren den Aufbruch in die Industriegesellschaft. Ihr Symbol: die Dampfmaschine. Ihr Siegeszug beginnt dort, wo sie erfunden wurde: in Großbritannien. Von dort aus breitet sich die Industrialisierung auf den Kontinent aus. Arbeiter organisieren sich erstmals. Gesellschaftliche Strukturen und Klassen bilden sich heraus.*



TITEL

## Gute Arbeit 4.0

Die Digitalisierung verändert die Arbeitswelt in rasantem Tempo. Die SPD-Fraktion will den Wandel der Arbeit sozial gerecht gestalten, damit alle Beschäftigten am Fortschritt teilhaben. Wer die Chancen der Digitalisierung für die Beschäftigten nutzen will, muss ihnen Sicherheiten geben.

Es ist das Symbol der Digitalisierung: das Smartphone – ein Minicomputer in jeder Hand. Gerade mal zehn Jahre ist es her, dass es die Märkte und Hosentaschen erobert und damit unseren Alltag verändert hat. Es ist ein Symbol, das für einen Veränderungsprozess steht, der so tiefgreifend ist, wie bisher nur die Einführung der Dampfmaschine Ende des 18. Jahrhunderts, die arbeitsteilige Massenproduktion mit der Fließbandarbeit im 19. Jahrhundert und die Einführung des Computers vor gut 40 Jahren. Heute erleben wir die Digitalisierung und Vernetzung der Wirtschafts- und Arbeitswelt mit ihren neuen Kommunikationsformen in rasanter Geschwindigkeit – hin zur »Arbeit 4.0«.

Mit Laptop und Smartphone mobil und flexibler arbeiten. Roboter, die dafür sorgen, dass wir nicht mehr schwer heben müssen oder giftige Dämpfe einatmen. Während die einen froh sind über die neue Flexibilität und die Entlastung, sorgen sich andere um die Zukunft ihres Arbeitsplatzes. Sie haben Angst, von einem Roboter ersetzt zu werden oder mit der neuen Technik nicht Schritt halten zu können. »Die Sozialdemokratie ist im 19. Jahrhundert entstanden, sozusagen bei Industrie 1.0. Da hatten auch Menschen Angst«, sagt Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD). Die Frage lautete damals wie heute: »Wie machen wir aus dem technologischen

Fortschritt für wenige einen sozialen Fortschritt für viele? Diese Aufgabe stellt sich jetzt neu.«

Für die Sozialdemokratie ist klar, dass der digitale Wandel unsere Gesellschaft voranbringen kann – wenn er sozial gerecht gestaltet wird. Um das zu erreichen gilt es, die sozialen Sicherungssysteme zukunfts-fest zu machen, allen Menschen durch entsprechende Qualifizierung die Chance auf Teilhabe zu eröffnen und den erwirtschafteten Wohlstand gerecht zu verteilen.

Die SPD-Fraktionsvorsitzende Andrea Nahles ist überzeugt: »Wenn wir es gut machen, können wir die Veränderung so gestalten, dass alle mitgehen können – das ist eine Kraftanstrengung, aber auch eine große Chance« (siehe hierzu das Interview auf den Seiten 13–15).

Nahles hatte 2015 als Bundesarbeitsministerin einen Dialogprozess zum Thema Arbeiten 4.0 angestoßen, der von der SPD-Bundestagsfraktion intensiv begleitet wurde und 2016 in ein »Weißbuch Arbeiten 4.0« mündete. Die Sozialdemokraten haben klare Leitlinien, wie der Wandel gestaltet werden muss: mit den Maßstäben der sozialen Gerechtigkeit und in Zusammenarbeit mit den Tarifpartnern. Die Gewerkschaften diskutieren ihrerseits intensiv über die digitale Transformation der Arbeitswelt. So hat für die Hans-Böckler-Stiftung eine Expertenkommission »Ar-

beit der Zukunft« unter dem Vorsitz des DGB-Chefs Reiner Hoffmann und der Soziologin Kerstin Jürgens Denkanstöße für die Tarifpartner veröffentlicht.

#### SELBSTBESTIMMTER ARBEITEN — IM TAGESABLAUF UND IM LEBENS LAUF

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer spüren längst die ersten Auswirkungen des Transformationsprozesses. Die neuen Kommunikationstechnologien entkoppeln die Arbeitszeiten für viele bereits heute von den Bürozeiten. Vor neun und nach 17 Uhr erreichbar und arbeitsfähig zu sein, ist für viele Beschäftigte Alltag geworden. Diese neue Flexibilität schafft einerseits Freiräume: So ist es beispielsweise möglich, die Kinder von der Kita abzuholen, das Abendessen vorzubereiten und wenn die Kinder schlafen noch Mails zu beantworten. Für viele entfällt der zeitraubende oder beschwerliche Arbeitsweg, seit sie von jedem beliebigen Ort auf alle nötigen Daten zugreifen und arbeiten können. Arbeit und Kinderbetreuung oder Pflege werden leichter vereinbar. Aber nur, wenn die neue Flexibilität auch politisch gestaltet wird, kann andererseits verhindert werden, dass die Beschäftigten ihre Arbeit gegen ihren Willen mit nach Hause nehmen müssen. Und Arbeiten darf auch kein Dauerzustand werden, es muss weiterhin Ruhezeiten und freie Wochenenden geben.

Im Koalitionsvertrag von SPD und CDU/CSU ist vereinbart worden, einen rechtlichen Rahmen zu schaffen, um mobiles Arbeiten vernünftig auszugestalten und neue Chancen auf mehr Selbstbestimmung der Beschäftigten zu eröffnen. Gleichzeitig geht es darum, Grenzen zu setzen und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Sicherheit zu geben. Außerdem soll es Beschäftigten, Unternehmen und den Tarifpartnern erleichtert werden, den vielfältigen Wünschen und Anforderungen in der Arbeitszeitgestaltung gerecht zu werden, ohne die eine oder andere Seite zu übertreiben. Tarifliche und betriebliche Vereinbarungen

sind wichtig, um die gesetzlichen Regelungen in der Praxis passgenau umzusetzen, denn anders als früher gibt es kein klassisches Arbeitszeitmodell, das zu fast allen Betrieben und Beschäftigungsgruppen passt.

Neben dem mobilen Arbeiten kann auch die so genannte Brückenteilzeit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mehr Autonomie bringen. Beschäftigte erhalten das Recht, unter bestimmten Bedingungen ihre Arbeitszeit vorübergehend zu reduzieren. So können sie sich künftig beispielsweise Zeit für die Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen nehmen und müssen nicht befürchten, danach in der »Teilzeitfalle« hängen zu bleiben. Kurz: Die Arbeit kann sich dem Leben anpassen. Denn in unterschiedlichen Lebensphasen sind die Bedürfnisse nach Freizeit mal größer, mal kleiner. Mit der Möglichkeit, für einen bestimmten Zeitraum weniger zu arbeiten, gewinnen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mehr Selbstbestimmung im Lebenslauf.

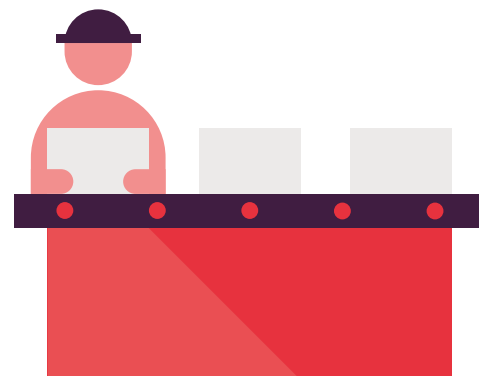
#### WEITERBILDUNG ALS SCHLÜSSEL

Von der Digitalisierung des Wirtschafts- und Arbeitslebens sind Industrie und Handwerk ebenso betroffen wie weite Teile des Dienstleistungssektors. Berufe und Branchen wandeln sich – und mit ihnen die Anforderungen an die Qualifikation der Beschäftigten. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) kommt in einer Modellrechnung zu der Prognose, dass bis zum Jahr 2025 etwa so viele Arbeitsplätze wegfallen, wie neue entstehen. Das sind oft neue Berufsbilder, für die die Beschäftigten erst qualifiziert werden müssen.

»Weiterbildung ist der Schlüssel«, sagt Andrea Nahles und wirbt für eine neue Kultur der Qualifizierung und des lebensbegleitenden Lernens. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich deshalb für ein Recht auf Weiterbildung ein. Bisher sollen viele Weiterbildungsangebote in erster Linie aus der Arbeitslosigkeit herausführen. Künftig sollen sie stärker

## Arbeiten 3.0

*Der Sozialstaat konsolidiert sich. Arbeitgeber und Arbeitnehmer verhandeln ihre Interessen partnerschaftlich auf Grundlage der sozialen Marktwirtschaft. Seit dem Ende des 20. Jahrhunderts schreitet die Automatisierung in der Produktion voran – mit Computern und Robotern. Der Dienstleistungssektor wird größer. Nationale Märkte öffnen sich (Globalisierung).*



## Arbeiten 2.0

*Im 19. Jahrhundert beginnt die Massenproduktion. Gegen Ende des Jahrhunderts wirft sie zunehmend soziale Fragen auf. Die organisierte Arbeiterschaft macht Druck. Der Wohlfahrtsstaat kommt auf. Das Deutsche Reich führt erste Sozialversicherungen ein.*



auch darauf ausgerichtet werden, die Beschäftigungsfähigkeit zu sichern. Das heißt, sie müssen bereits greifen, bevor Menschen arbeitslos werden. »Fähigkeiten zu entwickeln und neue Qualifikationen zu erwerben, wird ein wesentlicher Bestandteil guter digitaler Arbeit sein«, heißt es in einem Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion.

Um die Weiterbildung als selbstverständlichen Teil ins Berufsleben zu integrieren, will die SPD-Fraktion die Bundesagentur für Arbeit in eine Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung umbauen – von der Arbeitslosenversicherung hin zur Arbeitsversicherung. Im Koalitionsvertrag konnten die Sozialdemokraten als ersten Schritt ein Recht auf Weiterbildungsberatung durchsetzen: Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können künftig eine Weiterbildungsberatung bei der Bundesagentur für Arbeit in Anspruch nehmen, um so Arbeitslosigkeit durch berufsbegleitende Weiterbildung zu vermeiden. Außerdem will die Koalition das »Aufstiegs-Bafög« verbessern und Milliarden in die digitale Ausstattung von Schulen investieren (siehe den Beitrag auf Seite 12).

Neben den staatlichen Qualifizierungsangeboten spielen auch die Betriebe als Orte der Weiterbildung eine immer größere Rolle. Viele Unternehmen engagieren sich mit betrieblichen Angeboten und innovativen Lösungen für die Weiterqualifizierung ihrer Fachkräfte. So gibt es etwa bei der Telekom seit letztem Sommer das Modell der – staatlich unterstützten – Bildungsteilzeit.

Für die SPD-Fraktion besteht ein wesentliches Ziel darin, die betriebliche Mitbestimmung und die Rechte der Betriebsräte zu stärken, damit sie die Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Beschäftigte stärker als bisher einfordern können. Der Koalitionsvertrag sieht vor, das Initiativrecht von Betriebsräten für Weiterbildung zu verbessern.

#### KEINE ÜBERWACHUNG AM ARBEITSPLATZ

Die Digitalisierung führt zu einer ungeheuren Menge an Daten. Mit jeder versendeten E-Mail, mit jedem Ein- oder Ausschalten des Rechners, mit jeder Suche im Internet, kurz: Mit jedem Arbeitsschritt in der digitalen Welt erzeugen Beschäftigte Daten. Theoretisch kann der Arbeitgeber – zumindest bei Büroarbeitsplätzen – jeden Schritt überwachen. Auch über Firmenhandys und Chips in Firmenausweisen oder in der Berufskleidung werden Daten generiert. Maschinen kontrollieren, ob Arbeiten, beispielsweise Wartungen, korrekt durchgeführt wurden.

Hinzu kommt, dass das gesamte Personalmanagement – vom Eingang der Bewerbung bis zur Gehaltsabrechnung – inzwischen digital verwaltet wird. So werden mehr und mehr Daten gesammelt und gespeichert, die sich unmittelbar auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beziehen. Oft liegen diese Daten nicht mehr nur auf lokalen Servern, sondern werden in so genannte Clouds (onlinebasierte Datenspeicher) abgelegt. Damit steigt die Gefahr des Datenmissbrauchs. Die Anforderungen an den Datenschutz haben sich rasant verändert. Der persönliche Anspruch auf Datenschutz und Privatsphäre ist aber der gleiche geblieben. Im Koalitionsvertrag wurde deshalb vereinbart, den Beschäftigtendatenschutz zu stärken – damit Digitalisierung nicht zur Überwachung am Arbeitsplatz führt.

#### SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT STATT DIGITALER KAPITALISMUS

Ein völlig neues Phänomen, das die Digitalisierung hervorgerufen hat, ist die sogenannte Plattform-Ökonomie. So sind große Online-Plattformen entstanden, die Ferienwohnungen, Taxifahrten und sonstige Dienstleistungen aller Art vermitteln. Crowdfunding-Plattformen vermitteln Ar-

beitsaufträge von Unternehmen an Personen (Crowdworker). Das Problem ist, dass die Plattformen sich dabei als bloße Vermittler begreifen, nicht als Arbeitgeber mit den dazugehörigen Pflichten. Der Fahrradbote, der das Essen liefert, ist aus deren Sicht selbstständig. Er ist aber zugleich abhängig von der Plattform, über die er seinen Dienst anbietet. Und da die Firmensitze vieler Betreiber im Ausland angesiedelt sind, machen die IT-Konzerne in Deutschland zwar Profit, zahlen aber häufig kaum Steuern und Abgaben.

Damit werden zentrale Grundprinzipien unserer sozialen Marktwirtschaft ausgehebelt: Mitbestimmung, gewerkschaftliche Interessenvertretung und die Beteiligung von Unternehmen an der Finanzierung des Gemeinwesens und der sozialen Sicherungssysteme werden unterlaufen. Andrea Nahles fordert: »Wir müssen diesem digitalen Kapitalismus die Regeln unserer sozialen Marktwirtschaft aufdrücken.«

Auch Bundesarbeitsminister Hubertus Heil ist überzeugt, dass Menschen nicht in vollständige Abhängigkeit geraten oder ungesichert dastehen dürfen. »Den Weg in eine neue digitale Sklaverei, wo man bei Kunden Daten ab-

schöpft und Beschäftigte nur noch on demand bucht, den werde ich nicht mitgehen.«

Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, dass alle Erwerbstätigen auch in Zeiten von Arbeit 4.0 gegen Lebensrisiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit, Pflege oder unzureichende Altersvorsorge abgesichert werden. Dafür muss der Sozialstaat weiterentwickelt werden. Zudem gilt es, faire Arbeitsstandards und ein leistungsgerechtes Einkommen sicherzustellen. Der Mindestlohn ist ein Baustein dazu, eine Haltelinie nach unten. Im Koalitionsvertrag ist unter anderem ein weiterer wichtiger Baustein vereinbart worden: die Alterssicherung für Selbstständige, eine Altersvorsorgepflicht mit einem Vorrang für die gesetzliche Rente. Damit wird die Große Koalition dafür sorgen, dass Selbstständige am Ende ihres Berufslebens nicht in die Altersarmut rutschen. Ein wichtiger, aber nur ein erster Schritt, der dazu beiträgt, Sicherheit im digitalen Wandel zu schaffen.

Aber auch die Europäische Union ist gefordert. Sozialdumping und Steuerflucht lassen sich nur auf europäischer Ebene wirksam bekämpfen.

TITEL

# Das steht im Koalitionsvertrag

Im Koalitionsvertrag haben die Sozialdemokraten mehrere Maßnahmen durchgesetzt, die Beschäftigten mehr Sicherheit in der digitalen Arbeitswelt geben.

RECHTSRAHMEN FÜR MOBILES ARBEITEN

Die Koalition hat vereinbart, einen Rechtsrahmen zu schaffen, der Beschäftigten die Chance gibt, dort zu arbeiten, wo sie wollen – in der Firma, im Café oder zu Hause. Arbeitgeber müssen begründen, wenn sie ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern diese Flexibilität verweigern. Ziel der SPD-Fraktion ist es, den Beschäftigten mehr Zeit- und Ortssoveränität zu ermöglichen. Darin liegt auch eine Chance für Eltern, Familie und Beruf besser in Einklang zu bringen. Zugleich darf mobiles Arbeiten nicht zu ständiger Erreichbarkeit und mehr Arbeitsbelastung führen. Der Arbeitsschutz soll überprüft werden.

BRÜCKENTEILZEIT

Mit einem Recht auf befristete Teilzeit (Brückenteilzeit) werden Freiräume für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf geschaffen: Beschäftigte in Unternehmen mit mehr als 45 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sollen für eine begrenzte Dauer in Teilzeit arbeiten können – verbunden mit dem Recht, wieder in die vorherige Arbeitszeit zurückzukehren. Der Arbeitgeber kann eine befristete Teilzeit nur ablehnen, wenn sie weniger als ein Jahr oder mehr als fünf Jahre dauert. Außerdem sollen Modelle entwickelt werden, die mehr Spielraum für Familienzeit schaffen.

RECHT AUF WEITERBILDUNGSBERATUNG

Weiterbildung ist der Schlüssel dafür, mit dem Wandel in der Arbeitswelt Schritt zu halten. Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen ein Recht auf eine Weiterbildungsberatung über die Bundesagentur für Arbeit erhalten – und zwar schon vor drohender Arbeitslosigkeit. Wer bereits arbeitslos ist, soll besser gefördert werden. Außerdem will die Koalition die Arbeitsmarktinstrumente stärker auf digitale Weiterbildung ausrichten, finanzielle Anreize für Weiterbildung schaffen, das Initiativrecht von Betriebsräten für Weiterbildung stärken und das »Aufstiegs-BAföG« verbessern. Mit den Sozialpartnern und in Abstimmung mit den

OHNE MITBESTIMMUNG GEHT ES NICHT

SPD-Fraktionschefin Andrea Nahles hat angekündigt, die Debatte über die Zukunft der Arbeit und des Sozialstaates zu einem politischen Schwerpunkt zu machen. Die Sozialdemokraten suchen dabei den engen Schulterschluss mit Betriebsräten und den Gewerkschaften. »Nur gemeinsam können wir den Wandel erfolgreich gestalten, ohne Mitbestimmung wird es nicht funktionieren«, so Nahles.

Auch die Gewerkschaften seien gefragt, sich an diesem Prozess zu beteiligen. Ein wesentliches Ziel der SPD-Fraktion ist es daher, die Mitbestimmung auszubauen und die schwindende Tarifbindung wieder zu stärken. Damit Betriebsräte und Gewerkschaften auch in Zukunft in der Lage sind, sich wirkungsvoll für die Interessen der Beschäftigten einzusetzen. ■

Ländern soll der Bund eine Nationale Weiterbildungsstrategie entwickeln.

DATENSCHUTZ FÜR BESCHÄFTIGTE

Je digitaler die Arbeitswelt, desto mehr Daten über die Beschäftigten fallen an. Diese Daten müssen geschützt werden. Dazu soll ein Beschäftigtendatenschutzgesetz geschaffen werden. Das Ziel: die Persönlichkeitsrechte der Beschäftigten am Arbeitsplatz schützen und Rechtssicherheit für Arbeitgeber schaffen.

ALTERSSICHERUNG FÜR SELBSTSTÄNDIGE

Künftig bleibt kein Selbstständiger ohne Alterssicherung. Im Koalitionsvertrag ist vereinbart worden, eine gründerfreundlich ausgestaltete Altersvorsorgepflicht für alle Selbstständigen einzuführen, die nicht bereits anderweitig, z. B. in berufsständischen Versorgungswerken, abgesichert sind. Vorrang hat die gesetzliche Rente. Außerdem werden die Mindestbeiträge zur Krankenversicherung für kleine Selbstständige reduziert. Die Renten- und Krankenversicherungsbeiträge werden gründerfreundlich ausgestaltet. ■

Zu weiteren arbeitsmarktpolitischen Vorhaben siehe den Beitrag von Katja Mast, S. 18/19.



# Arbeiten 4.0

Wie sieht die Arbeit der Zukunft aus? Ganz genau weiß das keiner. Klar ist: Sie wird digitaler, flexibler, vernetzter. Menschen kommunizieren neu miteinander und mit Maschinen. Die Ansprüche der Beschäftigten an ihr Arbeitsleben wandeln sich. Das wird auch Folgen für die Organisation von Arbeit und die sozialen Sicherungssysteme haben.



TITEL

## Bildung 4.0

Die digitale Gesellschaft erfordert neue Kompetenzen und Qualifikationen. Dem muss sich auch unser Bildungssystem anpassen. Es ist Zeit für eine digitale Bildungsoffensive.

Zumindest im privaten Alltag ist der Einsatz von Smartphones und Tablets für Schülerinnen und Schüler eine Selbstverständlichkeit. Neue Kommunikations-Plattformen nutzen sie bereits, bevor die meisten Erwachsenen sie überhaupt kennen. Junge Menschen wachsen heute in die Digitalisierung hinein. In vielen Schulen ist der digitale Wandel hingegen noch nicht angekommen. Kein WLAN, keine Computer – das ist an Schulen in Deutschland oft immer noch Alltag.

Das muss sich ändern. Bildung hat die Aufgabe, junge Menschen auf die Teilhabe an der Gesellschaft vorzubereiten. Und sie soll die Weichen stellen für den Einstieg und den Aufstieg im Beruf. Wenn immer mehr Lebensbereiche durch die Digitalisierung bestimmt und verändert werden, muss sich das Bildungssystem anpassen. Und die Veränderungen sind fundamental: Suchmaschinen liefern heute auf jede denkbare Frage tausende Antworten in Sekundenbruchteilen. Im Prinzip gibt es das komplette Wissen der Welt im Internet. Das aber ergibt neue Fragen: Wie filtere ich die vielen Ergebnisse? Welchen Quellen im Internet kann ich trauen? Die Digitalisierung ist ein Werkzeug. Schülerinnen und Schüler müssen in der Schule lernen, es richtig zu benutzen. Damit sie leichter, besser und erfolgreicher lernen. Und zwar ihr Leben lang. Dafür brauchen sie neue Kompetenzen: Sie müssen verstehen, wie digitale Systeme funktionieren – und auch, wie sie uns manipulieren und steuern können.

Gleichzeitig ist die Digitalisierung kein Selbstzweck. Der Einsatz digitaler Medien im Unterricht bietet viele Vorteile: Lehrerinnen und Lehrer bekommen neue Möglichkeiten, den Unterricht oder die Ganztagsbetreuung zu gestalten. Schülerinnen und Schüler können sich auch über Klassengrenzen hinweg vernetzen oder besser individuell gefördert werden. Ein Schüler, der zum Beispiel Schwierigkeiten mit dem Lesen und Schreiben hat, bekommt die

Chance, seine Stärken beim Einsatz digitaler Medien zu zeigen. Denn offensichtlich ist: Es macht Kindern großen Spaß, Smartphone oder Tablet zu benutzen, auch zum Lernen. Laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung setzen 76 Prozent der Schülerinnen und Schüler beim Lernen zuhause vor allem auf Internet-Videos und Online-Wikis. Schon deshalb macht es Sinn, sie dabei pädagogisch anzuleiten und diese Mittel auch in der Schule einzusetzen, um den Unterrichtsstoff zu vermitteln. Das steigert die Lernmotivation und führt zu besseren Ergebnissen. Der Nebeneffekt: Die Kinder lernen gleichzeitig etwas über den Schutz der eigenen Daten und den richtigen Umgang mit Quellen aus dem Internet.

Die SPD-Bundestagsfraktion will die digitale Bildung in Deutschland voranbringen. Das kostet Zeit und Geld. Und es braucht eine enge Koordination und Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen. Voraussetzung für diese Kooperation ist eine Änderung des Grundgesetzes. Mit den Vereinbarungen im Koalitionsvertrag zwischen SPD und Union wird das möglich: Die Koalition startet eine digitale Bildungsoffensive und investiert insgesamt fünf Milliarden Euro in die Digitalisierung des Bildungswesens, 3,5 Milliarden Euro davon bereits in dieser Wahlperiode. Ziel ist es, Schulen und Berufsschulen mit der nötigen Technik auszustatten, damit Schülerinnen und Schüler in allen Fächern und Lernbereichen eine digitale Lernumgebung nutzen können. Hierzu gehört Breitbandinternet genauso wie z. B. Whiteboards oder Computer. Gleichzeitig müssen die Lehrerinnen und Lehrer für den digitalen Unterricht geschult werden. Dafür sollen umfassende Maßnahmen zur digitalen Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften entwickelt und umgesetzt werden, auch in Zusammenarbeit mit den Hochschulen. Lernen, Lehren und Forschen werden vernetzt – weil Bildung 4.0 der Grundstein für eine erfolgreiche Teilhabe an der Arbeitswelt der Zukunft ist. ■

INTERVIEW

## » Ohne Mitbestimmung wird es nicht funktionieren «

Gespräch mit Andrea Nahles, MdB



Viele machen sich Sorgen, dass die digitale Entwicklung ihren Arbeitsplatz überflüssig macht, sagt Andrea Nahles.

Die SPD-Fraktionsvorsitzende ist überzeugt: » Wenn wir es gut machen, können wir die Veränderung so gestalten, dass alle mitgehen können. Das ist eine Kraftanstrengung, aber auch eine große Chance. «

*Viele Beschäftigte sehen die Digitalisierung als Chance, selbstbestimmter und flexibler zu arbeiten. Andere befürchten, mit den Anforderungen nicht Schritt zu halten oder den Job zu verlieren. Ist der digitale Wandel der Arbeitswelt eher Chance oder Risiko?*

**Andrea Nahles:** Ich glaube, beides ist richtig. Natürlich machen sich viele Sorgen, dass die digitale Entwicklung ihren Arbeitsplatz überflüssig macht. Aber es werden auch neue Jobs entstehen. Ich bin überzeugt: Wenn wir es gut machen, können wir die Veränderung so gestalten, dass alle mitgehen können. Das ist eine Kraftanstrengung, aber auch eine große Chance.

*Welchen Beitrag kann Politik leisten, damit der digitale Wandel tatsächlich zu mehr Selbstbestimmung der Arbeitnehmer führt?*

Wir müssen sicherstellen, dass die Chancen der Digitalisierung für beide Seiten gelten – für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Wir wollen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Wandel der Arbeitswelt nicht allein lassen, sondern sie begleiten und Angebote schaffen zur Qualifizierung und Weiterbildung. Thorsten Schäfer-Gümbel hat dazu gerade ein sehr interessantes Buch geschrieben. Natürlich sind die Unternehmen selbst gefragt, aber auch eine starke Sozialpartnerschaft, und die Bundesagentur für Arbeit wird ein wichtiger Partner sein in diesem Prozess.

*Wie können die Beschäftigten an der Gestaltung des Wandels beteiligt werden? Welche Rolle spielen Mitbestimmung und Tarifbindung?*

Nur gemeinsam können wir den Wandel erfolgreich gestalten, ohne Mitbestimmung wird es nicht funktionieren. Auch die Gewerkschaften sind gefragt, sich an diesem Prozess zu beteiligen. Es steht außer Frage: Gerade wegen der Mitbestimmung und der starken Sozialpartnerschaft steht

Deutschlands Wirtschaft im internationalen Vergleich seit Jahrzehnten so gut da. Wir wollen die Mitbestimmung ausbauen und die schwindende Tarifbindung wieder stärken. Die SPD-Fraktion ist übrigens die einzige, die hier eine ganz klare Linie pro Mitbestimmung und Tarifbindung vertritt.

*Arbeit verändert sich schneller, weil Innovationszyklen kürzer werden und Wissen schneller veraltet. Wie können Arbeitnehmer unterstützt werden, bei dieser Entwicklung mitzuhalten?*

Die Vorstellung, dass ich nach einer Ausbildung den erlernten Beruf ein Leben lang ausfüllen kann, entspricht immer weniger dem gelebten Arbeitsalltag. Lebenslanges Lernen erfordert von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eine Menge Einsatz. Den Rahmen und die Möglichkeit dazu müssen die Arbeitgeber – und zwar im eigenen Interesse – stellen. Die Erfahrung zeigt, dass es am besten gelingt, wenn dies auf Augenhöhe mit den Beschäftigten und starken Betriebsräten angepackt wird.

*Die SPD-Bundestagsfraktion will die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung weiterentwickeln. Was erhoffen Sie sich davon?*

Mit der demographischen Entwicklung verändert sich auch der Arbeitsmarkt deutlich. In den nächsten Jahren scheiden Millionen Arbeitnehmer aus dem Erwerbsleben aus, schon heute ist der Fachkräftemangel an vielen Stellen spürbar. Wir wollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer frühzeitig beraten und qualifizieren, bevor sie arbeitslos werden. Idealerweise kommt es dann erst gar nicht dazu.

*Als Arbeitsministerin haben Sie vorgeschlagen, junge Erwerbstätige mit einem »Persönlichen Erwerbstätigenkonto« auszustatten. Was hat es damit auf sich?*

## » Die Debatte über den Sozialstaat 2025 müssen und wollen wir weiter führen. «



Die Idee ist, jeder und jedem ein Startguthaben ins Arbeitsleben mitzugeben. Dieses Chancenkonto stellt einen virtuellen Betrag zur Verfügung, um sich während seines Arbeitslebens immer weiter zu qualifizieren – und zwar gilt das für alle Altersgruppen.

*Laptops und Smartphones machen mobiles Arbeiten möglich. Viele Arbeitnehmer erhoffen sich dadurch mehr zeitliche Flexibilität und eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Andere haben eher Sorgen, dass die Arbeit zu sehr in den Feierabend oder das Privatleben eindringt. Im Koalitionsvertrag ist vereinbart, einen rechtlichen Rahmen für mobiles Arbeiten zu schaffen. Was ist geplant?*

Wir wollen die Potenziale der Digitalisierung nutzen für bessere Arbeit und mehr selbstbestimmtes Arbeiten. Klar ist: Wir brauchen gesetzliche Regeln, die das ermöglichen, aber auch Grenzen, da wo nötig. Wir haben im Koalitionsvertrag verabredet, dabei die Möglichkeiten für Arbeitnehmer zu stärken, damit sie mobil und von zu Hause arbeiten können. Das wünschen sich nämlich viele, doch bisher kommen diesem Wunsch viele Arbeitgeber nicht nach. Künftig müssen die Arbeitgeber darlegen, warum das nicht möglich sein soll.

*Wenn in der digitalisierten Wirtschaft auch neue Beschäftigungsformen jenseits des klassischen Normalarbeitsverhältnisses entstehen – müssen dann die sozialen Sicherungssysteme nicht völlig neu ausgerichtet werden?*

Die Arbeitsmarktlage ist in vielerlei Hinsicht besonders gut, die Beschäftigung ist so hoch wie nie. Aber es gibt auch neue Herausforderungen. Wir müssen neue Ideen entwickeln, um allen Menschen in unserer Gesellschaft Bildungs- und Aufstiegschancen zu ermöglichen und Lebensleistung bei der sozialen Absicherung besser anzuerkennen. Viele unserer Ideen konnten wir bereits im Koalitionsvertrag verankern – die Grundrente etwa oder dass wir für Selbständige erstmals in der Geschichte den Weg in die sozialen Sicherungssysteme eröffnen. Aber die Debatte über die Zukunft der Arbeit und den Sozialstaat 2025 müssen und wollen wir Sozialdemokraten weiter führen. ■





GASTBEITRAG

# Gute Arbeit gestalten: sicher, gerecht und selbstbestimmt

Die digitale Zukunft ist längst Gegenwart. Aus technischer Entwicklung wird nur dann sozialer Fortschritt, wenn auch politisch die Voraussetzungen dafür geschaffen werden.

VON JÖRG HOFMANN

So abstrakt der Begriff Digitalisierung klingen mag, so konkret sind die Auswirkungen – nicht nur auf Produkte und Geschäftsmodelle, sondern vor allem auf unsere Arbeitswelt.

Schon heute sehen sich die Beschäftigten enormen Veränderungen gegenüber. Umstrukturierungen nehmen zu, neue Qualifikationen werden verlangt, der Flexibilisierungsdruck steigt. Kein Wunder, dass viele mit Sorgen in die Arbeitswelt von Morgen blicken. Zumal diese Veränderungen auf eine Gesellschaft treffen, die zunehmend nicht nur als ungerecht empfunden wird, sondern auch ist. Umso drängender ist die Aufgabe, alle Beschäftigten sicher durch die Transformation zu führen. Dies ist auch die zentrale ar-

beitsmarktpolitische Herausforderung, soll Erwerbsarbeit auch in Zukunft das Fundament unserer Sozialstaatlichkeit sein. Die IG Metall wird diesen Weg weiter als konstruktive Kraft gestalten. Mit dem klaren Ziel einer Arbeitswelt 4.0, die gerecht, sicher und selbstbestimmt ist.

## DER MARKT WIRD ES NICHT RICHTEN

Das ist zugleich die Messlatte, die wir an die neue Bundesregierung anlegen. Aus technischer Entwicklung wird nur dann sozialer Fortschritt, wenn in den kommenden Jahren auch politisch die Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Fest steht: Der Markt wird es

## ◀ WARNSTREIK

in der jüngsten Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie: »Viel zu lange war Flexibilität ein Privileg der Arbeitgeber.«

nicht richten. Dennoch ist noch immer nicht allen bewusst, wie entscheidend Tarifbindung und Mitbestimmung für die soziale Gestaltung der Transformation sind. So sind die Erleichterung von Betriebsratswahlen und die Stärkung der Mitbestimmung bei Sitzverlagerungen ins Ausland zwar positive Punkte im Koalitionsvertrag. Doch ein echtes und durchsetzungsfähiges Initiativrecht für Betriebsräte für Weiterbildung sucht man darin leider vergeblich. Und wie drängend das Problem der Tariffucht durch Outsourcing in der Praxis ist, scheint weder in der Sache noch in der Dimension erkannt.

## MITBESTIMMUNG ALS ERFOLGSFAKTOR

Digitalisierung in den Unternehmen kann ohne Mitbestimmung nicht funktionieren, wenn es dabei gerecht zugehen soll. Fehlt sie, gilt in den Unternehmen zu oft das Prinzip: Die Aufträge sind heute da, was kümmert mich da die Zukunft. Umso wichtiger ist die Arbeit der Betriebsräte. Oft bringt nur ihr Druck die Chefetagen dazu, die entscheidenden Themen rechtzeitig anzupacken und in Innovation und Qualifikation zu investieren. Umso mehr brauchen die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben politische Unterstützung. Denn so wichtig Bildung und Weiterbildung sind, so sehr klingen sie für manche eher nach Bedrohung denn nach Chance. Um das zu ändern, brauchen Beschäftigte im Unternehmen mehr Entscheidungs- und Handlungsspielräume und eine gezielte Personalentwicklung. Kurz: Der Arbeitsplatz muss zum Lernort werden. Und zwar nicht nur für die sogenannten »high potentials«, sondern für alle. Dazu muss sich der institutionelle Rahmen für berufsbegleitende

Weiterbildung deutlich ändern. Berufs- und Hochschulen haben hier eine zentrale Rolle, die sie heute nicht ausfüllen. Und auch das muss auf die Tagesordnung: Arbeitsmarkt- und bildungspolitische Fördermaßnahmen müssen aufeinander abgestimmt und auf ihre Tragfähigkeit überprüft werden. Und nicht zuletzt ist die Arbeitsmarktpolitik gefordert: etwa den Kreis der Anspruchsberechtigten auf ALGI zu erweitern oder die Bezugsdauer wieder zu verlängern, wenn Beschäftigte Rationalisierungsoffer werden. Oder auch den Vorrang von Qualifizierung vor Vermittlung in die Tat umzusetzen. Das sind die Kernthemen. Und wir können uns daran auch nicht mit Debatten über Grundeinkommen welcher Couleur auch immer vorbeimogeln. Die Folgen eines Scheiterns wären enorm: Gelingt es nicht, alle mitzunehmen, droht eine untragliche gesellschaftliche Spaltung.

Ob Arbeit 4.0 auch gute Arbeit ist, wird sich auch an der Frage entscheiden, ob die Vorteile der Digitalisierung allen zugutekommen oder nur wenigen. Das beginnt mit der Chance auf Teilhabe an beruflicher Entwicklung unabhängig von der Lebenslage. Wir haben hier als IG Metall in der jüngsten Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie einen wichtigen Meilenstein auf dem Weg zu einer modernen, selbstbestimmten Arbeitswelt gesetzt. Denn dieser Tarifabschluss markiert eine Umkehr bei der entscheidenden Frage der Arbeitszeit. Viel zu lange war Flexibilität ein Privileg der Arbeitgeber. Jetzt haben die Beschäftigten der Branche erstmals verbindliche Ansprüche, sich für eine kürzere Arbeitszeit zu entscheiden – wenn es zu ihrem Leben passt. ■

JÖRG HOFMANN



Erster Vorsitzender der IG Metall



## ARBEIT

# Arbeit braucht Sicherheit

Die Bausteine der Arbeitsmarktpolitik in dieser Wahlperiode haben eines gemeinsam: Sie schaffen Planbarkeit und schützen die Interessen der Beschäftigten.

VON KATJA MAST, MDB

Die Zukunft der Arbeit wird heiß diskutiert. Die Arbeitswelt befindet sich im digitalen Umbruch. Dessen Dreh- und Angelpunkt ist die Sicherheit und Planbarkeit der Arbeit. Für mich sind hierbei zwei Gedanken essenziell. Ich glaube erstens nicht an ein Ende der Arbeit – Jobs werden sich vor allem verändern. Und ich glaube zweitens, dass keine politische Kraft diesen Wandel besser begleiten kann als die Sozialdemokratie.

Warum das so ist? Wir wollen den Umbruch sicher und planbar mit einer Strategie der Vollbeschäftigung gestalten – ohne hierbei Ängste zu schüren und Probleme auszublenden. Das zeigt sich auch an den arbeitsmarktpolitischen Vorhaben in dieser Wahlperiode. In den Koalitionsverhandlungen haben wir wichtige Maßnahmen für gute und sichere Arbeit in Zeiten des Wandels durchgesetzt.

## EINDÄMMUNG SACHGRUNDLOSER BEFRISTUNGEN

Die Möglichkeiten zur Befristung von Arbeitsverhältnissen werden drastisch reduziert. Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber mit mehr als 75 Beschäftigten dürfen nur noch maximal 2,5 Prozent ihrer Beschäftigten ohne Sachgrund befristen. Endlose Kettenverträge werden wir abschaffen. Durch die Begrenzung von Kettenbefristungen auf maximal fünf Jahre werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer künftig nicht

mehr endlos mit befristeten Verträgen hingehalten. Sie erhalten schneller Planungssicherheit.

## MEHR SICHERHEIT BEI ARBEIT AUF ABRUF

Arbeit auf Abruf bedeutet: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben Arbeitsverträge mit sehr geringer Mindestarbeitszeit. Sie sitzen daheim und werden bei Auftragspitzen und zu Stoßzeiten kurzfristig aktiviert. Sie arbeiten auf Abruf. Das Problem: Häufig gibt es kein festes Einkommen, keine festen Arbeitszeiten, keinen Urlaub und kein Geld bei Krankheit. Der Alltag ist schlichtweg nicht planbar. Fehlt eine Vereinbarung zur wöchentlichen Arbeitszeit, gilt in Zukunft eine Arbeitszeit von 20 Stunden. Im Krankheitsfall und an Feiertagen werden wir den Durchschnittsverdienst der letzten drei Monate als verpflichtende Grundlage festschreiben.

## SICHERHEIT IM ALTER DURCH VERLÄSSLICHE RENTEN

Immer mehr Menschen sind heutzutage selbstständig, häufig in kleinem Geschäftsbetrieb. Sie sorgen oft gar nicht oder unzureichend für das Alter vor und sind deswegen später überdurchschnittlich von Altersarmut betroffen. Deshalb beziehen wir auf dem Weg zur Erwerbstätigenversicherung in einem ersten Schritt Selbst-

KATJA MAST



Stellvertretende  
Vorsitzende der SPD-  
Bundestagsfraktion  
für Arbeit und Soziales  
sowie Familien, Senioren,  
Frauen und Jugend

► **ARBEIT AUF ABRUF**  
gibt es zum Beispiel im Einzelhandel: »Der Alltag ist schlichtweg nicht planbar.«

ständige in die gesetzliche Rente mit ein. Bei der neuen Altersvorsorgepflicht wird auf die besonderen Umstände von Gründern Rücksicht genommen.

Gleichzeitig gilt der Grundsatz: Wer arbeitet und einzahlt, soll mehr als Grundsicherung haben. Wer also langjährig in die Rentenkasse einbezahlt hat, bekommt künftig die Grundrente. Mit der Grundrente wird ein regelmäßiges Alterseinkommen erreicht, das zehn Prozent über dem eigenen Grundsicherungsbedarf liegt.

Wir werden zudem dafür sorgen, dass das gesetzliche Rentenniveau und die Beiträge bis 2025 stabil bleiben – darauf können sich Versicherte sowie Rentnerinnen und Rentner verlassen. Das gibt Sicherheit und stärkt das Vertrauen in die gesetzliche Rentenversicherung.

## BRÜCKENTEILZEIT

Wir führen ein Recht auf befristete Teilzeit ein. Wir wollen, dass sich die Arbeitszeit dem Leben anpasst – und nicht umgekehrt. Wer zum Beispiel vorübergehend mehr Zeit für Kinder oder die Pflege von Angehörigen braucht, kann dann die Arbeitszeit reduzieren – mit der Sicherheit, anschließend wieder in die vorherige Arbeitszeit zurückkehren zu können. Damit beenden wir die Teilzeitfalle, die meist Frauen betrifft, schaffen Planungssicherheit und beugen Altersarmut vor.

## NATIONALE WEITERBILDUNGSSTRATEGIE

Wenn sich Jobs verändern, müssen sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiterbilden. Die Zukunft der Arbeit wird lebensbegleitendes Lernen brauchen. Hier setzt

unsere nationale Weiterbildungsstrategie an. Es geht um Vernetzung und Beratung. Das Recht auf Weiterbildungsberatung leitet den Umbau der Arbeitslosenversicherung hin zu einer Arbeitsversicherung ein. Das ist ein wesentlicher Schritt zur Vollbeschäftigung der Zukunft. Zusätzlich stärken wir das Initiativrecht der Betriebsräte für Weiterbildung.

## DER SOZIALE ARBEITSMARKT

Mit öffentlich geförderter Beschäftigung schaffen wir für Langzeitarbeitslose nachhaltige Perspektiven auf Beschäftigung. Denn Menschen mit extrem langer Erwerbslosigkeit haben häufig große Probleme, auf dem Arbeitsmarkt überhaupt wieder Fuß zu fassen. Beim sozialen Arbeitsmarkt erhalten sie in der freien Wirtschaft, sozialen Einrichtungen und Kommunen eine neue Chance. Während die FDP gemeinsam mit der Union zwischen 2009 und 2013 die Möglichkeiten auf sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zusammengekürzt hatte, geben wir Menschen wieder einen Platz in den sozialen Sicherungssystemen. Sie und ihre Familien gewinnen Selbstsicherheit, statt sich abgehängt zu fühlen. Denn Arbeit und damit die Möglichkeit, für sich selbst zu sorgen, ist eine Frage der Würde.

Diese Bausteine unserer Arbeitsmarktpolitik in dieser Wahlperiode haben eines gemeinsam: Sie schaffen Planbarkeit, geben Sicherheit und unterstützen somit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Bei den gescheiterten Jamaika-Sondierungen von Union, FDP und Grünen waren die Interessen der Beschäftigten ein Randphänomen. Mit der SPD-Bundestagsfraktion rücken sie in den Mittelpunkt. ■



## WOHNUNGSBAU

# Bezahlbares Wohnen ist eine soziale Frage

Weil Wohnraum knapp ist, steigen in vielen Städten und Ballungsregionen die Mieten. In den nächsten Jahren sollen deshalb 1,5 Millionen neue Wohnungen entstehen.

In Deutschland fehlen Hunderttausende Wohnungen. Während in manchen Gegenden der Leerstand auf hohem Niveau verharrt, führt der Mangel an Wohnraum in vielen Städten und Regionen zu steigenden Mietkosten. Notwendig ist daher eine Offensive des Bundes für mehr Wohnungen und bezahlbare Mieten. Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben dazu im Koalitionsvertrag wichtige Vorhaben durchgesetzt.

Ein zentrales Ziel: 1,5 Millionen neue Wohnungen und Eigenheime. So wird der Bund in dieser Wahlperiode 2 Milliarden Euro zusätzlich in den sozialen Wohnungsbau investieren. Außerdem soll sichergestellt werden, dass der Bund dauerhaft Verantwortung bei der sozialen Wohnraumbförderung übernehmen kann. Grundstücke des Bundes sollen günstiger an Städte und Gemeinden verkauft werden, damit dort bezahlbare Wohnungen entstehen können. Die Kommunen erhalten neue Instrumente, um dafür zu sorgen, dass brachliegendes Bauland tatsächlich bebaut wird.

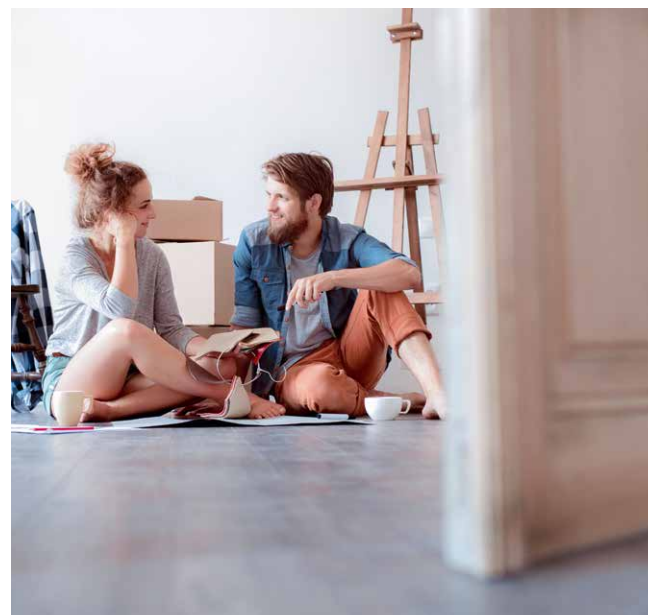
Junge Familien sollen nach den Plänen der Koalition dabei unterstützt werden, Wohneigentum zu erwerben. Der Kauf oder Bau eines Hauses oder einer Wohnung soll künftig mit 1200 Euro pro Kind und Jahr gefördert werden. Der Zuschuss wird innerhalb bestimmter Einkommensgrenzen mit einer Laufzeit von zehn Jahren gewährt.

## MIETERINNEN UND MIETER SCHÜTZEN

Notwendig sind aber auch weitere Verbesserungen für Mieterinnen und Mieter. In Regionen mit besonders starken Mietsteigerungen hat die in der letzten Wahlperiode eingeführte Mietpreisbremse den Anstieg bereits dauerhaft gedämpft, so das Ergebnis einer aktuellen Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. Nun soll sie weiter verschärft werden: Vermieter müssen künftig bei Vertragsschluss Auskunft über die Vormiete geben.

Das schafft mehr Transparenz und stellt sicher, dass die Mieten in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt bei Neuvermietung tatsächlich nur maximal zehn Prozent über den ortsüblichen Vergleichsmieten liegen.

Mieterhöhungen nach Modernisierungs- oder Sanierungsmaßnahmen dürfen künftig nicht mehr so hoch ausfallen wie bisher. Wenn in Mietshäusern etwa Balkone oder Aufzüge eingebaut werden, nutzen die Vermieter das oft für satte Aufschläge. In einigen Fällen werden Bewohner sogar gezielt »rausmodernisiert« und durch steigende Mieten aus ihren Wohnungen verdrängt. Dem wird ein Riegel vorgeschoben: Bislang dürfen Vermieter elf Prozent der Kosten auf die Jahresmiete aufschlagen, in Zukunft sind es maximal acht Prozent. Zusätzlich wird es eine absolute Obergrenze geben: Die Monatsmiete darf nach einer Modernisierung um nicht mehr als 3 Euro pro Quadratmeter innerhalb von sechs Jahren steigen. Um Mieterinnen und Mieter besser zu schützen, soll das gezielte »Herausmodernisieren« als Ordnungswidrigkeit eingestuft werden und Schadensersatzansprüche begründen. ■



## PARLAMENT

# Die Koalition legt los

Die Koalition aus SPD und CDU/CSU steht. Die Bundesregierung und die Regierungsfractionen nehmen ihre Arbeit auf. Zügig werden nun die ersten Gesetze vorbereitet. Ein Überblick über wichtige Vorhaben der nächsten Monate.

Ganz oben auf der Agenda steht für die SPD-Bundestagsfraktion die Arbeits- und Sozialpolitik. Der neue Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) hat angekündigt, bereits bis zum Sommer einen Gesetzentwurf für die »Brückenteilzeit« vorzulegen. Konkret geht es dabei um ein Recht auf befristete Teilzeit mit einem Anspruch auf Rückkehr in die alte Arbeitszeit. Das hilft insbesondere Frauen, die oft in der so genannten Teilzeitfalle stecken. Das Gesetz soll Anfang 2019 in Kraft treten.

## ZWEI RENTENPAKETE GEPLANT

Im Koalitionsvertrag ist außerdem vereinbart worden, noch in diesem Jahr ein Gesetz zur Änderung der Rentenformel zu verabschieden, das ebenfalls ab Anfang 2019 gelten soll. Damit wird das gesetzlich garantierte Rentenniveau bei 48 Prozent gesichert und der Rentenbeitrag auf maximal 20 Prozent für die kommenden sieben Jahre begrenzt. Zu diesem Rentenpaket gehören auch die Verbesserung der Mütterrente und die Erhöhung der Erwerbsminderungsrente. Mit einem zweiten Rentenpaket soll dann im nächsten Jahr die Einführung einer Grundrente geregelt werden. Für die zukünftige Ausgestaltung der Rente soll eine Rentenkommission Empfehlungen erarbeiten. Die Kommission soll noch 2018 eingesetzt werden. ■

## ARBEITGEBER ZAHLEN WIEDER PARITÄTISCH IN DIE KRANKENVERSICHERUNG

Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben im Koalitionsvertrag durchgesetzt, dass es von Januar 2019 an wieder eine paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenkassenbeiträge gibt, d. h. Arbeitgeber zahlen wieder genauso viel wie Arbeitnehmer.

Bundesjustizministerin Katarina Barley (SPD) wird in diesem Jahr einen Gesetzentwurf vorlegen, mit dem die Möglichkeit einer so genannten Musterfeststellungsklage

eingeführt wird. Dann können zum Beispiel auch Verbände im Auftrag von Bürgerinnen und Bürgern gegenüber Konzernen Verbraucherrechte einklagen – der einzelne ist den Großunternehmen nicht mehr hilflos ausgeliefert. ■

## REGELUNG FÜR FAMILIENNACHZUG

Noch vor dem Sommer muss die gesetzliche Neuregelung über den Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte (das sind zumeist Bürgerkriegsflüchtlinge) beschlossen werden. Denn die Koalitionspartner haben sich darauf geeinigt, dass die neue Regelung zum Juli 2018 schon in Kraft treten soll. Subsidiär Schutzberechtigte können dann von August an enge Familienangehörige nachholen, vereinbart ist ein Kontingent von 1000 pro Monat.

Im Rahmen ihrer ersten Klausursitzung hat die Bundesregierung eine »Kohleausstiegskommission« eingesetzt, die sich mit einem Enddatum für den Ausstieg aus der Kohle befasst. Sie erarbeitet ein Aktionsprogramm, wie sich dieser Strukturwandel sozial und umweltgerecht steuern und bewältigen lässt. Eng beteiligt sind auf SPD-Seite das Arbeitsministerium unter Hubertus Heil und das Umweltministerium unter Svenja Schulze. Das Aktionsprogramm soll Ende 2018 fertig sein. ■

## INVESTITIONEN ANPACKEN

Die Koalition plant mit Blick auf die nächsten drei Jahre erhebliche Infrastrukturinvestitionen. Dazu gehören der Kitausbau, die bessere Ausstattung von Schulen und Hochschulen, eine Wohnraumoffensive sowie Verkehrsinvestitionen.

All das kostet natürlich auch. Darum steht am Beginn aller Beschlüsse und Planungen die Finanzierung. Das Bundesfinanzministerium unter Vizkanzler Olaf Scholz (SPD) arbeitet unter Hochdruck an der Etatplanung. Der Bundestag wird sich Mitte Mai mit dem Haushaltsentwurf für dieses Jahr befassen und ihn nach Prüfung noch vor der Sommerpause verabschieden. Im Herbst folgt dann der Haushalt für das kommende Jahr. ■



## DIALOG

## Briefe an

OLIVER KACZMAREK



### Berufliche und akademische Bildung sind gleichwertig

*Sorgen Sie für die ursozialdemokratische Aufgabe der Chancengleichheit in der Bildung! Kostenlose Kindergärten, gute und engagierte Lehrer in Schulen, möglichst späte Umstiegsmöglichkeiten zu einem höheren Schulabschluss, Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahr, mehr Förderung und Bekanntmachung der Aufstiegsweiterbildung und Ende des »Akademisierungswahns«. – Ursula Klampt*

Sehr geehrte Frau Klampt, vielen Dank für Ihren engagierten Aufruf für mehr Chancengleichheit. Die SPD-Bundestagsfraktion fühlt sich diesem Ziel ebenfalls verpflichtet. Wir stehen mit einer Änderung des Grundgesetzes für einen kooperativen Bildungsföderalismus, in dem Bund, Länder und Kommunen zusammenarbeiten, um unseren Kindern gleiche Chancen auf die beste Bildung zu geben. Dafür liegt uns die Gebührenfreiheit von Bildung besonders am Herzen, und wir werden den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Primarbereich durchsetzen. Unsere Schulen werden wir mit einem Digitalpakt weiter modernisieren. Wir werden die Ausbildungsförderung aufstocken. Das gilt für das BAföG ebenso wie für das Meister-BAföG, damit auch Aufstiegsweiterbildungen stärker gefördert werden.

Die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung ist uns ein wichtiges Anliegen. Wir wollen die Durchlässigkeit von Bildungswegen, damit jeder im Lebensverlauf die Chance hat, sich weiterzuentwickeln und persönlichen Aufstieg zu erfahren. Daran muss sich die berufliche Bildung ebenso anpassen wie die Hochschulen. ■

SABINE DITTMAR



### Der Pflegeberuf muss attraktiver werden

*Wenn es um Pflege geht, legt den Finger in die Wunde. Sagt klar und deutlich, dass es nicht sein kann, dass die Pflegeheime immer mehr auf Profit aus sind. Das schadet nicht nur unseren »Eltern«. Der Beruf muss viel attraktiver werden, durch verschiedene Arbeitszeitmodelle. Von der Bezahlung will ich erst gar nicht sprechen. – Claudia Strobel*

Sehr geehrte Frau Strobel, wir werden mit einem Sofortprogramm 8000 neue Fachkraftstellen schaffen. Das kann aber nur ein erster Schritt sein.

Der Pflegeberuf muss insgesamt attraktiver werden, damit mehr Menschen ihn ergreifen und weniger Pflegekräfte frühzeitig aus ihrem Beruf ausscheiden. Das wollen wir im Rahmen einer »Konzertierten Aktion Pflege« erreichen. Zentrale Punkte sind die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und eine Ausbildungs-offensive. Darüber hinaus brauchen wir verbindliche Personalstandards in der Alten- und Krankenpflege. Wir werden gemeinsam mit den Gewerkschaften und Arbeitgebern dafür sorgen, dass Tarifverträge in der Altenpflege flächendeckend zur Anwendung kommen. Zudem erhalten pflegende Angehörige künftig einen Rechtsanspruch auf Rehabilitationsleistungen.

Diese Veränderungen lassen sich sicherlich nicht von heute auf morgen umsetzen – aber Ihre Botschaft ist angekommen: Wir werden dafür sorgen, dass es weitere spürbare Verbesserungen in der Pflege gibt. ■

## die Fraktion

BERNHARD DALDRUP



### Wir wollen mehr Polizei auf unseren Straßen

*Die kleineren Städte werden meines Erachtens im Stich gelassen, und sicher fühlt man (und Frau) sich schon lange nicht mehr. Wir brauchen wieder mehr Sicherheit und Vertrauen, Ordnung und nicht das Gefühl, dass die ehemals schönen Städtchen immer mehr herunterkommen. – Claudia Kuhlen*

Sehr geehrte Frau Kuhlen, wir haben das Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland herzustellen, und das betrachten wir – im Unterschied zu anderen Fraktionen – nicht nur als Aufgabe der Länder, sondern auch als wichtige Aufgabe des Bundes.

Deshalb finanzieren wir Investitionen in Schulen, Verkehr, Breitbandausbau, und deshalb entlasten wir Kommunen um 5 Milliarden Euro jährlich. Wir werden auch dafür sorgen, dass Kommunen durch Gesetze des Bundes nicht weitere Ausgaben aufgebürdet bekommen.

Wir wollen mehr Polizistinnen und Polizisten sichtbar auf unseren Straßen haben. Dafür schaffen wir 15.000 neue Stellen. Die Menschen sollen sich auf unseren Straßen und Plätzen sicher bewegen können. Deshalb wollen wir an Brennpunkten die Videoüberwachung einsetzen. Wir setzen aber auch auf Präventionsmaßnahmen – z. B. gegen Kinderarmut, mit einem sozialen Arbeitsmarkt, mit dem Ganztagsschulausbau.

Schließlich werden wir mit einem gesamtdeutschen Fördersystem für strukturschwache Regionen innovative Entwicklungen anstoßen und damit Wachstum und Arbeit in ganz Deutschland ermöglichen. ■

KATJA MAST



### Eine zukunftsfeste Rente hat oberste Priorität

*Bringen Sie die Probleme der Rente, der Altersarmut und der Vereinbarkeit von Familie und Arbeit ganz deutlich hervor. – Ernst-Wilhelm Minneker*

Sehr geehrter Herr Minneker, Mütter und Väter brauchen dringend mehr Zeit für Familie, und alle Menschen wollen später eine Rente haben, die für einen würdevollen Lebensabend reicht.

Wie erreichen wir eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf? In den letzten vier Jahren haben wir wichtige familienpolitische Weichenstellungen vorgenommen, zum Beispiel mit dem ElterngeldPlus. Es ermöglicht Eltern mehr Zeit für ihre Kinder. Aber das reicht nicht aus, darum haben wir viele weitere Verbesserungen im Koalitionsvertrag durchgesetzt. Wir schaffen einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter und werden das Rückkehrrecht aus Teilzeit in Vollzeit auf den Weg bringen. Wer erwerbstätig ist und partnerschaftlich Kinder betreut oder Angehörige pflegt, soll noch besser unterstützt werden. Deshalb machen wir uns für einen Ausbau des ElterngeldPlus zur Familienarbeitszeit stark. Bislang blockieren hier CDU und CSU.

Eine zukunftsfeste Rente zu sichern und Altersarmut zu verhindern, hat für uns Priorität. Mit der Grundrente holen wir Menschen aus der Altersarmut. Außerdem sollen künftige Erwerbsminderungsrentner bessergestellt werden. Die Rente machen wir zukunftsfest – mit einem stabilen Rentenniveau und einem stabilen Beitragssatz. Die Mütterrente werden wir ausweiten. ■



[spdfraktion.de/facebook](https://www.spdfraktion.de/facebook)



[spdfraktion.de/twitter](https://www.spdfraktion.de/twitter)



[spdfraktion.de/youtube](https://www.spdfraktion.de/youtube)



[spdfraktion.de/flickr](https://www.spdfraktion.de/flickr)

## IMPRESSUM

**HERAUSGEBER** SPD-Bundestagsfraktion

**VERANTWORTLICH** Carsten Schneider MdB,  
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer

**REDAKTION** Dr. Alexander Linden, Stefan Hintermeier

**TEXTE** Dr. Alexander Linden, Stefan Hintermeier, Birgit Güll, Gero Fischer

**ABBILDUNGEN** (c) dpa (S. 1, 4), Benno Kraehahn (S. 3, 22),  
Shutterstock.com/Dragon Images (Modelfoto) (S. 4), picture alliance/  
ZUMA Press (S. 4, 16), Susie Knoll (S. 13, 18, 23), Shutterstock.com/  
ESB Professional (Modelfoto) (S. 5, 19), Marco Urban (S. 15), colourbox.de  
(Modelfoto) (S. 5, 20), IG Metall (S. 17)

**REDAKTIONSANSCHRIFT** SPD-Bundestagsfraktion  
Öffentlichkeitsarbeit, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030/227-530 48 Telefax: 030/227-568 00

E-Mail: [redaktion@spdfraktion.de](mailto:redaktion@spdfraktion.de)

Internet: [www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

**GRAFIK & LAYOUT** MUTABOR Design GmbH, Hamburg

**DRUCK** Möller Druck und Verlag GmbH, Berlin

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion  
dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines  
Wahlkampfes nicht als Wahlwerbung verwendet werden.